

Stuttgart 21 abwählen?

Kann die Bundestagswahl dazu beitragen, S21 doch noch zu kippen?

Die Erfahrung der Landtagswahl in Baden-Württemberg rät zur Vorsicht: Hat sich durch den Wahlsieg von Grün-SPD *Entscheidendes* gegen S21 verändert?

Eine Fortsetzung der Merkel-CDU/CSU-FDP-Regierung wäre die momentan schlimmst-vorstellbare Variante reaktionärer Politik, nicht nur bei S21, sondern auch in unverfrorenen weiteren sozialen Verschlechterungen neben explodierendem Reichtum bei immer weniger Superreichen, bei Demokratie-Abbau und Überwachungsstaat und einer immer hemmungsloseren Militärpolitik zur Durchsetzung deutscher Kapitalinteressen weltweit ...

„Merkel stoppen und alle ihre Brüderles!“

Aber Hand aufs Herz: Wäre denn eine Steinbrück-geführte SPD-Grüne-Regierung eine wirkliche Alternative? Oder eine Merkel-Steinbrück-Variante? Oder gar die Horrorvision einer schwarz-grünen Bundesregierung?!

Fast alle Bundestagsparteien unterscheiden sich nur marginal. Bis auf die Links-

partei sind sie alle für das Kapital „regierungsfähig“, allesamt einer neoliberalen Profitmaximierungs-Linie verschworen!

Mit hohlen Versprechungen und dreisten Lügenparolen versuchen sie erneut, die WählerInnen über den Tisch zu ziehen. CDU und FDP setzen auf „Familie, Wachstum, solide Finanzen und ein starkes Deutschland“. SPD und Grüne behaupten, für bezahlbare Mieten, sichere Arbeitsplätze, Mindestlöhne, Kita-Plätze und gegen Altersarmut da zu sein.

Es soll vergessen gemacht werden, dass bereits unter Kanzler Kohl „die soziale Kälte“ um sich griff, dass unter der Schröder/Fischer-Regierung mit Agenda 2010 und Hartz IV die Armut per Gesetz eingeführt wurde und dass dann CDU/SPD sowie anschließend CDU/FDP diese bevölkerungsfeindliche Politik auf die Spitze trieben (Bankenrettung und „Spar“-Politik auf Kosten der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen, der Jugend, der Rentner und der Armen)!

Besonders bizarr kommt der Pseudo-Anti-Kapitalismus der Grünen daher: „Auf Lebensmittel spekulier ich nicht!“

Fortsetzung Seite 2

Leerstandsmelder für Stuttgart in Vorbereitung

Im Juli trafen auf Initiative der DKP Menschen zusammen, um sich über die Wohnungsproblematik, insbesondere den Leerstand bei gleichzeitiger Wohnungsnot, auszutauschen. Schnell wurde klar, dass der gewollte Leerstand die Situation extrem verschärft, auf die Geldbeutel der Menschen drückt und gleichzeitig die Kassen der Immobilienkonzerne klingeln lässt. Diesem Treiben soll nun Widerstand entgegengesetzt werden.

Die bundesweite Plattform www.leerstandsmelder.de bietet für jede/n die Möglichkeit, leer stehende Wohnungen, Häuser, Büros, Fabrikgebäude u. Ä. der jeweiligen Stadt zu melden. So entsteht mit den wachen Augen aller BürgerInnen ein sehr genaues und aktuelles Bild des tatsächlichen Leerstandes. Diese gemeinsam erarbeitete Bestandsaufnahme bildet eine Grundlage für weitere Forderungen und Aktionen.

Nähere Infos gibt es demnächst im Internet oder unter leerstandsmelder.stuttgart@gmail.com



Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Kein Ausverkauf unserer Energieversorgung Seite 2

Daimler: Schluss mit dem Hungerlohn Seite 3

Tatort Hotel Silber Seite 4

Währungsfragen sind Klassenfragen Seite 4

Soll das heißen: Auf sonst alles, auf Immobilien, Textilien, Waffen ...? Ähnlich zynisch der grüne Slogan „Für Politik mit Bewegung!“ Das merkt man z.B. bei der K21-Bewegung, die die Grünen in Regierungspöstchen hievte, und das war's dann wohl ...?

Die „Linke“ wählen!

Bleibt als einzig wählbare Alternative die Linkspartei. Wie die DKP fordert die Linke einen Mindestlohn von 10 €, die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Abschaffung der Rente ab 67 und von Hartz IV, das Ende

der Kriegseinsätze der Bundeswehr und der staatlichen Überwachung. Und die Linkspartei ist ein konstant-aktiver Faktor des Widerstands gegen S21!

Es wäre kein Fehler, wenn sich im Bundestag das Kräfteverhältnis etwas nach links verschieben würde, aber der beste Garant dafür, dass sich in unserem Land etwas zum Besseren ändert, ist die Stärkung des Drucks von unten, von der Straße, von außerparlamentarischen Bewegungen, möglichst in enger Zusammenarbeit mit aktiveren Gewerkschaften, damit den Parlamentariern ständig auf die Finger geschaut und geklopft wird!

Wahlempfehlung der DKP

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kandidiert zur Bundestagswahl nur mit wenigen Direktkandidatinnen und -kandidaten in Baden-Württemberg, Berlin und Brandenburg. Die DKP ruft dazu auf, mit der Zweitstimme die Partei Die Linke zu wählen, solange gesichert ist, dass sie konsequent gegen Sozialabbau, Kriegspolitik, jegliche Privatisierung und für den Erhalt der demokratischen Rechte eintritt.

Kein erneuter Ausverkauf unserer Energieversorgung!

Vor elf Jahren wurden die Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS) an den drittgrößten deutschen Energiekonzern EnBW verschertelt. Alle Gemeinderatsparteien, bis auf die Linke, hatten dem Ausverkauf zugestimmt. Diese Enteignung der Stuttgarter Bevölkerung umfasste u.a. Strom- und Gasnetze, mehrere Kraftwerke, Grundstücke, Betriebswohnungen sowie nicht unerhebliche Anteile der Bodensee- und Landeswasserversorgung. Für die EnBW ein lukratives Geschäft, für die Stuttgarter steigende Energie- und Wasserpreise, die verpasste

Chance zu einer ökologischen Energiewende und ein Verlust an kommunaler Selbstbestimmung. Während der Privateigentümer im Kapitalismus

vor der Enteignung durch den Staat geschützt wird, gibt es kein Gesetz, das die Bevölkerung davor schützt, dass der Staat Gemeinschaftsgüter an die Privatwirtschaft veräußert. Die Gesetze des kapitalistischen Staates sind schließlich dazu gemacht, Kapitalverwertung und Profitmacherei zu sichern!

Mogelpackung Stadtwerke

Ende diesen Jahres laufen die Konzessionsverträge zwischen der Landeshauptstadt und der EnBW für Strom und Gas ab. Nun sind sich scheinbar alle ei-

nig: Die Stadt soll die Strom- und Gasnetze wieder von der EnBW zurückkaufen. Durch die Intervention des Kartellamts müssen die Strom- und Gaskonzessionen angeblich EU-weit ausgeschrieben werden, anstelle sie an die 2011 gegründeten Stuttgarter Stadtwerke (SWS) zu vergeben. Wieder soll durch Ausnutzung der vorgeblichen Gesetzeslage kommunale Selbstbestimmung verhindert werden! Bei der Ausschreibung sollen die Stadtwerke in einem der denkbaren Kooperationsmodelle anfangs 50,1% an der zukünftigen Eigen-

des Altkonzessionärs EnBW zugeschnitten. Ohne Bestimmung über den Betrieb der Netze werden die Stadtwerke zu einer Farce! Kein Wunder, dass erst 4000 Stuttgarter Bürger zu diesen „Mogel-Stadtwerken“ gewechselt sind.

Demokratische Kontrolle ermöglichen!

Ein Antrag von SÖS/Linke, das beschriebene Kooperationsmodell bei der Ausschreibung zu streichen, wurde auch von SPD und Grünen abgelehnt. Mit der Landesbeteiligung an der EnBW haben SPD und Grüne ein handfestes Interesse

daran, dass die EnBW-Einnahmen nicht einbrechen. Obwohl sich die EnBW überwiegend in öffentlichem Besitz (Land 46,75%, Oberschwäbische Elektrizitätswerke 46,75%) befindet, verhält sich der Konzern gewinnorientiert und trägt

seinen Teil zum reibungslosen Funktionieren der Profitwirtschaft bei. Hier zeigt sich die enge Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft im modernen Kapitalismus. Umso wichtiger ist es, dass die Energieversorgung in den Händen der Kommunen liegt. Damit wäre eine demokratische Kontrolle am ehesten möglich. Eine tatsächliche demokratische Bestimmung über unsere Energieversorgung ist letztendlich nur durch die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems möglich.



tümergeellschaft halten. Entscheidend ist jedoch, wer beim Betrieb der Netze das Sagen hat, denn hier werden die größten Gewinne gemacht und die Weichen für die zukünftige Entwicklung gestellt. Beim Betrieb soll jedoch ein „starker Partner“ mit anfangs 74,9% das Sagen haben. Angeblich wären die SWS nicht dazu in der Lage, die Netze selbst zu betreiben. Unsinn, bedenkt man, dass die Stadtwerke ein Recht auf die Übernahme der EnBW-Beschäftigten hätten! Dieses Modell ist auf die Profitinteressen

Bei Daimler und anderswo:

Schluss mit dem Hungerlohn!

Nachdem in einer SWR-Sendung über Hungerlohn am Fließband berichtet wurde, reißen die Meldungen über weitere Skandale im Untertürkheimer Werk nicht mehr ab. Zwei freie Mitarbeiter, die seit elf Jahren bei einem IT-Systemhaus tätig sind, das wiederum einem Dienstleister zuarbeitet, der Werkverträge mit Daimler abschließt, hatten geklagt und vom

Widerstand lohnt sich!

Mehrere KollegInnen wehren sich dagegen, dass sie nur etwa ein Drittel des Lohns der Stammebelegschaft bekommen (z.T. bei 12 bis 15-Stunden-Schichten), keine Schichtzulagen und keine Jahresprämien, dass sie die Duschen nicht benutzen dürfen,

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein! (Brecht)

dass sie keine Umkleieräume und keine Spinds haben, dass sie weniger Urlaubstage bekommen - und bei Hitze kein Wasser umsonst, wie die Stammebelegschaft. Einer, der geklagt hat wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung, bekam umgehend einen unbefristeten Vertrag.

Menge Anwälte, Politiker, die meisten Medien und teilweise auch Betriebsräte auf seiner Seite. Personalvorstand Wilfried Pohrt sagte in den Stuttgarter Nachrichten: „Daimler kann es sich im internationalen Wettbewerb nicht leisten, in der gesamten Wertschöpfungskette Metalltarife zu zahlen.“

Und Bertold Huber von der IG Metall springt ihm bei, wenn er die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft als gewerkschaftliches Anliegen bezeichnet. Was die KollegInnen tun, ist von großer Bedeutung für sie selbst und ihre Familien, für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse hierzulande, damit sie ihre Erpressbarkeit überwinden kann - aber auch für die internationale Solidarität! Denn sie fangen an, diesen Konzern zu bremsen bei seinem Eroberungsfeldzug durch Resteuropa!

Um diese Beschäftigten zu unterstützen, hat sich eine Initiative gegründet.

Unsere Unterstützung benötigt auch eine Initiative der Gewerkschaften ver.di und NGG gegen Dumpinglöhne. Sie appellieren an alle Beschäftigten, die in Stuttgart zu einem Niedriglohn unter 8,50 € arbeiten - und das sind inzwischen 53 830 Menschen - diesen online beim Dumpinglohnmelder auf www.dumpinglohnmelder.de anzuzeigen. Die beiden Gewerkschaften wollen so noch vor der Bundestagswahl die „Deutschland-Billiglohn-Landkarte“ vervollständigen.



Landesarbeitsgericht Recht bekommen. Wenig später lesen wir „Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Daimler-Dienstleister“ wegen der Problematik der „Scheinwerkverträge“. Rumänische Testfahrer sollen für 3,80 € gearbeitet haben. Inzwischen klagt auch der örtliche Betriebsrat zur Feststellung des Arbeitsverhältnisses von zwei Entwicklern.

Leiharbeit und Werkverträge abschaffen!

Diese mutigen KollegInnen, die sich einem der mächtigsten Konzerne entgegenstellen, wie David gegen Goliath, brauchen unsere Solidarität! Sie werden unter Druck gesetzt, teilweise beschattet oder gemobbt. Das Unternehmen hat jede

Anfang September erscheint die neue Broschüre der DKP Stuttgart zum Thema Stuttgart 21. „Systemfrage. Stuttgart 21, das Monopolkapital und der Staat“ bietet auf 28 Seiten aktuelle Einschätzungen zu den Interessen hinter dem Milliardenmurks und zum kapitalistischen Profitsystem. Außerdem Interviews mit Werner Sauerborn, Hannes Rockenbauch und „Vaihingern für den Kopfbahnhof“. Dazu gibt es die Fortsetzung der ersten Auflage, die inzwischen online unter www.dkp-stuttgart.de zum download bereit steht. Bestellen kann man die Broschüre für 2,50 Euro über die DKP Stuttgart.



UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche Antikriegszeitung

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Tatort Hotel Silber

Seit mehr als fünf Jahren engagiert sich die Initiative für einen Lern- und Gedenkort im Hotel Silber, der ehemaligen Gestapo-Zentrale, einem Haus, welches wie kein anderes als Inbegriff des NS-Terrors in Württemberg gilt.

Die Forderung war: Der „Tatort Dorotheenstraße 10“ muss erhalten und zukünftig als Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum genutzt werden. Zuerst ging es um die Verhinderung eines von der Mappus-Regierung und der Firma Breuninger geplanten Abrisses des historischen Gebäudes zugunsten eines Geschäftskomplexes mit Luxushotel. Profit statt Erinnern war angesagt.

Nur wer weiß, welcher Widerstand zu überwinden ist, wenn Ewiggestrige und Profithäie sich zusammenschließen, kann nachvollziehen, welche Kraft notwendig ist, sein Ziel zu erreichen. Doch die Zahl der UnterstützerInnen und das Problembewusstsein nahmen ständig zu.

Der Durchbruch schien dann mit der Landtagswahl und dem Grüne-SPD-Koalitionsvertrag gekommen zu sein. Das „Hotel Silber“ sollte erhalten bleiben, und die „Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V.“ wurde an einem Runden Tisch beteiligt.

Kaum war Ruhe eingekehrt, wird plötzlich alles wieder zum Finanzproblem gemacht. Land und Stadt Stuttgart wollen weniger zahlen, und das bislang einvernehmliche Projekt Hotel Silber soll bis zur Unkenntlichkeit schrumpfen.

Gedenken fördern statt Nazis unterstützen!

Doch fehlt es wirklich am Geld? Offensichtlich nicht, wenn V-Leute des „Verfassungsschutzes“ aus Steuergeldern satte Bezüge erhalten und auf diesem Umweg die Finanzierung von Neonazis betrieben wird. Für aufwändige Polizeieinsätze gegen Demokraten, die sich Naziaufmärschen friedlich entgegenstellen, scheint auch kein Geldmangel zu herrschen.

Geld ist vorhanden. Dieses Geld muss dafür eingesetzt werden, Lehren aus einer verbrecherischen Vergangenheit zu ziehen, damit endlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit energischer bekämpft werden.

Politisch ist es höchste Zeit, dass die in



diesem Haus stattgefundenen Gewalttaten nicht länger unter den Teppich des Vergessens gekehrt werden. Es ist nötig, die ungebrochene personelle Verbindung von Justiz, Sicherheitsdiensten und Beamtenapparat aus der NS- bis weit hinein in die Nachkriegszeit endlich zu thematisieren. Vor allem der heutigen Jugend darf dies nicht vorenthalten werden.

Das Hotel Silber, in dem hunderte Menschen gefoltert, gequält und tausende dem Tod ausgeliefert wurden, muss ein würdiges Lern-, Gedenk- und Dokumentationszentrum werden.

DKP Stuttgart und Baden-Württemberg laden ein:

„Währungsfragen sind Klassenfragen!“ Diskussionsveranstaltung mit Hans-Peter Brenner, stellvertretender DKP-Vorsitzender

Freitag, 13. September 2013 um 18.00 Uhr
im Linken Zentrum Lilo Herrmann
Stuttgart, Böblinger Str. 105

Am 3. Oktober 2013 feiert die Polit-Schickeria Deutschlands in Stuttgart – auf Einladung „unseres Landesvaters“ Kretschmann – mit Pomp und Trara den Jahrestag der „deutschen Einheit“. „Bundes-Mutti“ Merkel und „Bundes-Papa“ Gauck neben sonstiger Polit-Kamarilla geben sich hier ein Stelldichein.

Wir von der DKP sind mit anderen AntikapitalistInnen und Linken Teil der Protestbewegung gegen diese verlogene Jubelfeier. Wir sagen gemeinsam: Ihre Einheit heißt Krise, Krieg und Armut!

Aber wir wissen natürlich, dass es auch Profiteure und Nutznießer dieser Einheit gibt.

Deshalb wollen wir mit unserer Diskussionsveranstaltung die polit-ökonomischen Hintergründe dieser sog. Einheit (= Konterrevolution) von 1989/90 näher beleuchten.

1990 war der „Einmarsch“ der D-Mark in die DDR der entscheidende Hebel zur Durchsetzung der Dominanz v.a. des westdeutschen Kapitals. Heute ist der „Durchmarsch“ des EURO in großen Teilen Europas der entscheidende Hebel zur Durchsetzung der Dominanz des deutschen Imperialismus!

IHRE
EINHEIT
HEISST
**KRISE
KRIEG**
UND
ARMUT

Demonstration gegen
die Einheitsfeierlichkeiten
am 3. Oktober in Stuttgart
14.00 Uhr Lautenschlagerstraße

Weitere Infos unter:
www.dritterzehnter.blogspot.eu

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101.